

Kriegsopfer als Humankapital (II) 22.09.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Mit neuen Maßnahmen bereitet die Bundesregierung die Nutzung von Flüchtlingen zu staatlichen und privatwirtschaftlichen Zwecken vor. Zwar sei in Deutschland kein "flächendeckender Fachkräftemangel" zu beklagen, heißt es in einer neuen Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Doch gebe es partiell durchaus "Fachkräfteengpässe", zum Beispiel "in der Gesundheits- und in der Pflegebranche". Die Bundesregierung unterstützt nun unter anderem ein Programm, das Flüchtlingen mit medizinischer Ausbildung die fachspezifischen Sprachkenntnisse vermittelt, die sie benötigen, um in deutschen Krankenhäusern zu arbeiten. Weiter heißt es beim BAMF, jährlich werde eine Zuwanderung von mehreren hunderttausend Menschen benötigt; anders könne man das Arbeitskräftepotenzial nicht bereitstellen, das laut Auffassung von Spezialisten nötig ist, um die Stärke und den Einfluss der deutschen Wirtschaft zu bewahren. Auch staatliche Leistungen könnten mit Hilfe von Migranten auf Dauer besser gewährleistet werden, urteilt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann: "Viele Flüchtlinge werden eines Tages die Rente für die heutige Erwerbsgeneration bezahlen". Humanitäre Hilfe für Schutzbedürftige wird damit zur Quelle staatlichen und privatwirtschaftlichen Profits.

Personalmangel

Die Debatte um den ökonomischen Nutzen, den Deutschland aus der Einreise von Flüchtlingen ziehen kann, hält an. Hintergrund sind Forderungen aus der Wirtschaft, Flüchtlinge in Zukunft zur Deckung des Fachkräftebedarfs deutscher Unternehmen heranzuziehen. Schon jetzt verzeichneten zahlreiche Firmen einen spürbaren Mangel an qualifiziertem Personal, heißt es; dieser Mangel werde weiter zunehmen, und er könne letztlich nur durch Zuwanderung behoben werden. Die Ankunft hunderttausender Flüchtlinge biete die Chance dazu ([german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtete [1]). Diese Forderung, die etwa vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vertreten wird, kontrastiert auffällig mit der jahrelangen Ignoranz der deutschen Behörden gegenüber den Bedürfnissen von Flüchtlingen in puncto Erwerbsarbeit. Vielen von ihnen werden - je nach ihrem genauen Aufenthaltsstatus - Arbeitserlaubnisse bis heute verweigert, ihre Ausbildungszertifikate werden in vielen Fällen nicht anerkannt. Für die deutschen Behörden ging dies völlig in Ordnung, solange die deutsche Wirtschaft keinen besonderen Bedarf an eingewanderten Arbeitskräften anmeldete.

Die Mittelschicht flieht

Dies beginnt sich nun zu ändern. Zwar ist nach wie vor umstritten, inwieweit die Flüchtlinge, die zur Zeit nach Deutschland gelangen, tatsächlich dem Bedarf deutscher Unternehmen entsprechen. Die Flüchtlinge könnten - "ähnlich wie vor Jahrzehnten die Gastarbeiter - helfen, unseren Wohlstand zu erhalten beziehungsweise zu vermehren", wird Daimler-Chef Dieter Zetsche zitiert: "Deutschland kann doch die freien Arbeitsplätze gar nicht mehr allein mit Deutschen besetzen." [2] Dagegen heißt es beim "Handelsblatt", "mehr als die Hälfte" der Flüchtlinge besitze "keine Berufsausbildung" und werde daher lediglich "das heimische Prekariat verstärken". [3] Mittlerweile liegen erste präzisere Angaben vor. Demnach habe etwa ein Drittel sämtlicher Asylsuchenden allenfalls die Grundschule, ein weiteres Drittel die Mittelschule besucht, wird berichtet; Flüchtlinge mit Hochschulabschluss seien klar in der Minderheit. [4] Anders verhalte es sich allerdings bei Flüchtlingen aus Syrien; unter diesen habe jeder Zweite einen Schulabschluss, der mit dem Abitur gleichwertig sei. Dies entspricht Berichten aus Damaskus, denen zufolge gegenwärtig "vor allem die Mittelschicht" aus Syrien flieht: Insbesondere "Lehrer, Apotheker, Ingenieure und Ärzte" hätten sich in den vergangenen Wochen aus dem Bürgerkriegsland nach Deutschland aufgemacht. [5]

Begleitung in den Arbeitsmarkt

Die deutschen Behörden haben inzwischen begonnen, die Nachfrage nach Arbeitskräften wissenschaftlich zu eruieren und das Angebot praktisch zu optimieren. So heißt es in einer soeben publizierten Analyse aus dem Bundesamt für Migration

und Flüchtlinge (BAMF), "ein flächendeckender Fachkräftemangel" sei zwar "in Deutschland nicht zu beobachten". Doch ließen sich "bundesweite Fachkräfteengpässe ... in der Gesundheits- und in der Pflegebranche identifizieren". Daten der Bundesärztekammer ließen klar erkennen, "dass es in den vergangenen Jahren einen kontinuierlichen Anstieg des Anteils von Allgemeinmedizinern und Fachärzten mit ausländischem Pass gegeben hat". Die meisten von ihnen arbeiteten "als nichtselbständiges Klinikpersonal"; dabei habe es zuletzt vor allem einen deutlichen Anstieg bei Ägyptern, Libyern und Syrern gegeben.[6] Bedarf an neuem medizinischen Personal besteht in Deutschland auch weiterhin. Entsprechend unterstützt die Bundesregierung jetzt ein Projekt, das es "qualifizierten Flüchtlingen mit medizinischem Hintergrund" ermöglicht, ihre fachspezifischen Sprachkenntnisse zu verbessern. Das Projekt "Medici in Posterum - Ärzte für die Zukunft" zielt darauf ab, "die Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung in Deutschland" zu optimieren - vor allem "durch Qualifizierung und Begleitung von Asylbewerbern sowie Migrantinnen und Migranten mit medizinischer Qualifikation in den Arbeitsmarkt".[7]

Zuwanderungsbedarf

Wie es weiter in der BAMF-Analyse heißt, bestehe in der Bundesrepublik völlig unabhängig von der Fachkräftefrage ein erheblicher prinzipieller Zuwanderungsbedarf. Demnach gehen Spezialisten davon aus, dass die Bundesrepublik bis zum Jahr 2050 ein Erwerbersonnenpotenzial von konstant rund 45,1 Millionen Menschen benötigt; dies gilt als unverzichtbar, um ihre wirtschaftliche Stärke und ihre daraus resultierende Macht zu sichern. Weil nun aber die deutsche Bevölkerung schrumpfe und die Zuwanderung aus EU-Mitgliedsländern ebenfalls sinken werde, benötige die Bundesrepublik "zur Aufrechterhaltung des ... Arbeitskräftereservoirs von 45,1 Millionen" eine Nettozuwanderung "von 276.000 bis 491.000 Personen aus Drittstaaten pro Jahr", heißt es beim BAMF.[8] Die spätere Verrentung ab 67 Jahren und eine - erhoffte - steigende Frauenerwerbsquote seien dabei bereits eingerechnet. In der Tat hat die Bundesregierung inzwischen begonnen, das Erwerbspotenzial der Flüchtlinge systematisch anzuzapfen. So schicken Arbeitsagenturen in Niedersachsen bereits "Berater in die Erstaufnahmeeinrichtungen, um dort die Eignung von Asylbewerbern für den deutschen Arbeitsmarkt festzustellen", wird berichtet; künftig solle bundesweit "bei allen Asylbewerbern die Qualifikation erhoben werden".[9] Zudem versuche die Bundesagentur für Arbeit zur Zeit in einem Modellprojekt, Fachkräfte "frühzeitig zu erkennen und fit für den deutschen Arbeitsmarkt zu machen". Das Projekt nennt sich "Early intervention".

Renten gesichert

Jenseits privatwirtschaftlicher Interessen gedenken deutsche Politiker die Flüchtlinge auch zur Finanzierung der Renten heranzuziehen. Bereits Ende August hat der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärt, die Bundesrepublik benötige dringend "mehr Beitragszahler" für ihr Rentensystem.[10] Dem schließen sich jetzt weitere Politiker aus den Regierungsparteien wie auch aus der Opposition an. "Die Aufgabe, eine Million Flüchtlinge zu integrieren", sei "eine große Chance für unser Land und die alternde Gesellschaft", erklärt Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit Blick auf die Tatsache, dass die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge junge Männer sind: "Viele Flüchtlinge werden eines Tages die Rente für die heutige Erwerbsgeneration bezahlen".[11] Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), der stellvertretende Ministerpräsident des Bundeslandes Schleswig-Holstein, äußert ebenfalls, bei einer gelungenen Integration der Flüchtlinge sei "das demografische Problem ... gelöst".[12]

"Etwas leisten"

Ergänzend plädiert die CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Familienministerin Kristina Schröder (CDU) dafür, Flüchtlinge auch im Bundesfreiwilligendienst einzusetzen. "Diejenigen, die direkt im ersten Arbeitsmarkt unterkommen, sind ohnehin ein Gewinn für unser Land", erklärt Schröder; "alle anderen, die arbeitsfähig sind", könnten als "Freiwillige" "ihren Dienst an der Gemeinschaft ... in Behinderteneinrichtungen und Seniorenheimen, Schulen und Krankenhäusern, kulturellen Einrichtungen und Entwicklungshilfeorganisationen" tun. Sie sollten "die Chance haben, dem Land, das ihnen Schutz bietet, etwas zurückzugeben", erläutert die CDU-Politikerin. "Vor allem aber: Sie sitzen nicht herum, sondern sie leisten etwas".[13]

Quellen deutschen Profits

Humanitäre Hilfe für Schutzbedürftige, die in vielen Fällen vor Kriegen fliehen, die Deutschland mitgeführt oder zumindest mitgeschürt hat (german-foreign-policy.com berichtete [14]), wird mit solchen Maßnahmen zur Quelle staatlichen und

privatwirtschaftlichen Profits. Dabei geht die zweckdienliche Verwendung der Flüchtlinge zu Lasten derjenigen, die nicht zum staatlichen oder privatwirtschaftlichen Vorteil nutzbar sind: Sie sind in Zukunft mehr denn je von Abschiebung bedroht. Entsprechende Abschiebemaßnahmen bereitet die Bundesregierung zur Zeit vor. german-foreign-policy.com berichtet in Kürze.

Mehr zum Thema: [Kriegsopfer als Humankapital](#) .

[1] S. dazu [Kriegsopfer als Humankapital](#) .

[2] Daimler-Chef will Flüchtlingen Chance geben. [www.stuttgarter-nachrichten.de](#) 06.09.2015.

[3] Gabor Steingart: Handelsblatt Morning Briefing. [morningbriefing.handelsblatt.com](#) 17.09.2015.

[4] Demian von Osten: "Ein Spaziergang wird's nicht!" [www.tagesschau.de](#) 18.09.2015.

[5] Karin Leukefeld: Exodus der Mittelschicht. [junge Welt](#) 05.09.2015.

[6] Michael Vollmer: Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). BAMF Working Paper 64. Nürnberg, Juli 2015.

[7] Integration von Asylbewerbern: Flüchtlinge leisten Hippokratischen Eid. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 10.09.2015.

[8] Michael Vollmer: Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). BAMF Working Paper 64. Nürnberg, Juli 2015.

[9] Cordula Eubel, Ulrike Scheffer, Frank Jansen: Das Potenzial der Zufluchtsuchenden. [www.tagesspiegel.de](#) 16.09.2015.

[10] Gerhard Schröder: Wir brauchen Einwanderung in unser Sozialsystem. [www.welt.de](#) 30.08.2015.

[11] Martin Greive, Thomas Sebastian Vitzthum: "Flüchtlinge zahlen Rente der heutigen Erwerbsgeneration". [www.welt.de](#) 21.09.2015.

[12] Christoph Kuhl: "Superstar" redet Klartext. [Kieler Nachrichten](#) 19.09.2015.

[13] Kristina Schröder: Flüchtlinge in den Freiwilligendienst. [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) 15.09.2015.

[14] S. dazu [Auf die Flucht getrieben \(I\)](#) , [Auf die Flucht getrieben \(II\)](#) , [Auf die Flucht getrieben \(III\)](#) und [Auf die Flucht getrieben \(IV\)](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com